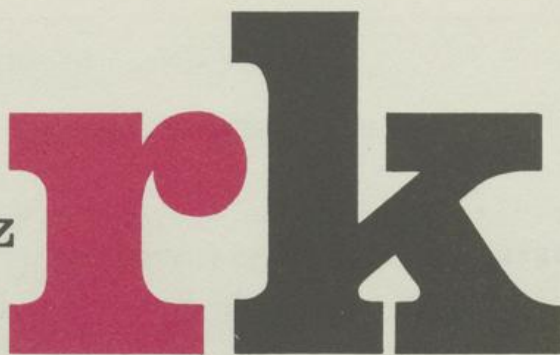


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 28. September 1984

Blatt 2137

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Gemeinderat Hans Brosch neuer Vorsitzender-
Stellvertreter des Landessportrates
Straßenbahn-Oldtimer-Fahrt für Kinder am
Familiensonntag findet großen Anklang
Umweltgefährdender Betrieb nun gesperrt

Kommunal:
(rosa) Wiener Gemeinderat
Wiener Landtag

Lokal:
(orange) Aquarelle und Federzeichnungen im Bezirksmuseum
Donaustadt
Kranzniederlegung am Grab von Vizebürgermeister
Hans Mandl
Ab Montag: Kostenlose Lauftreffs im Prater
Wieder umweltverschmutzender Betrieb in Simmering

Sport:
(grün) Sanierungsbeginn für Wiener Stadion: Mitte Oktober

Nur
über FS: 27.9. Säure-Unfall am Postamt Südbahnhof
28.9. Start der Fairneß-Aktion mit Austria gegen
VOEST-Linz

.....
Bereits am 27. September 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gemeinderat Hans Brosch neuer Vorsitzender-Stellvertreter des
Landessportrates

=++++

10 Wien, 27.9. (RK-SPORT) Mit Beschluß des
Gemeinderatsausschusses für Kultur und Sport am Donnerstag wurde
Gemeinderat Hans BROSCHE zum neuen Vorsitzenden-Stellvertreter des
Wiener Landessportrates ernannt. Hans Brosch übernimmt diese
Funktion von Hans LUDWIG, der in den Nationalrat wechselt. (Schluß)
hof/gg

NNNN

.....
Bereits am 27. September 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Straßenbahn-Oldtimer-Fahrt für Kinder am Familiensonntag findet
großen Anklang

=++++

11 Wien, 27.9. (RK-LOKAL) Am Sonntag, dem 30. September um
11 Uhr, findet für 500 Kinder, die im Sommer im Rahmen des
Ferienspiels am Quiz des Verkehrsverbundes Ost-Region teilgenommen
haben, eine Fahrt mit Straßenbahn-Oldtimern statt. Die Route führt
vom Karlsplatz über Ring - Schwedenplatz - Praterstern zum
Elderschplatz und zurück über Kai - Ring wieder zum Karlsplatz.
Fahrdauer: 1,5 Stunden.

Da an dieser Fahrt auch viele Geschwister der Gewinner
teilnehmen wollen, die Platzanzahl jedoch nur beschränkt ist, wurde
kurzfristig vom VOR und von den Wiener Verkehrsbetrieben eine zweite
Fahrt für Sonntag, dem 7. Oktober angesetzt. An dieser Fahrt am
7. Oktober kann aber nur gegen vorherige Anmeldung beim
Verkehrsverbund Ost-Region, Telefon: 93 95 08/31 Durchwahl,
teilgenommen werden.

Am 30. September können Begleitpersonen nur nach Verfügbarkeit
freier Plätze mitfahren. Es wird empfohlen, sich gegebenenfalls für
die Fahrt anzumelden.

Die Einladungen sind unbedingt mitzubringen, da sie als
Fahrausweis dienen. (Schluß) vvo/ko

NNNN

.....
Bereits am 27. September 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Umweltgefährdender Betrieb nun gesperrt

=++++

12 #Wien, 27.9. (RK-KOMMUNAL) Seit heute, Donnerstag, ist der mit Sondermüll arbeitende Betrieb in der Grillgasse in Simmering gesperrt. Die Sperre wurde auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN - die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK voll unterstützt wurde - verhängt, nachdem bei einer von der Umweltautorität durchgeführten Überprüfung des Betriebes Mängel entdeckt wurden.

Donnerstag vormittag versiegelte nun das Magistratische Bezirksamt für Simmering unter Assistenz der Umweltautorität die Neutralisationsanlage des Betriebes. Ebenso wurde die Einleitungsmöglichkeit in den Kanal unterbunden. Auch ein Teil des Fabriksgebäudes, der nicht als Betriebsanlage genehmigt war, dessen alte Tanklager die Firma jedoch für das Ablagern von Abwässern verwendete, wurde gesperrt. Grund für die Sperre des Betriebes war die Gefahr für die Gesundheit von Menschen.#

Der Betriebsinhaber hatte heute erklärt, technische Sicherungen einbauen zu lassen und sämtliche Behördenauflagen zu erfüllen. Anfang Oktober muß daher nun eine Betriebsgenehmigungs-Verhandlung stattfinden.

Gleich neben dem Betriebsgelände des mit Sondermüll arbeitenden Betriebs liegt auch der Betrieb eines Ölimporteure, der mit der Sondermüllfirma eng verwandt ist. Diese Firma hatte - was durch den Hinweis eines Journalisten aufgedeckt wurde - offensichtlich mit PCB verunreinigtes Altöl nach Österreich importiert. Erste Proben zeigen bereits, daß auch die Grenzwerte tatsächlich überschritten wurden. Die endgültigen Analyseergebnisse werden in Kürze vorliegen.

Wie Stadtrat Braun dazu heute gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, sei Wien froh über die entsprechenden Initiativen von Umweltminister Dr. Kurt STEYRER, den Import verunreinigten Altöls nach Österreichs unterbinden zu wollen.

Auch bei der Betriebsanlage dieser Firma wurden fünf Altöltanks, aus denen natürlich ebenfalls Proben zur genauen Analyse gezogen wurden, versiegelt. Diese Tanks werden zumindest bis zum Vorliegen der endgültigen Untersuchungsergebnisse gesperrt bleiben.
(Schluß) hs/ap

Aquarelle und Federzeichnungen im Bezirksmuseum Donaustadt

=++++

2 Wien, 28.9. (RK-LOKAL) Landschaften, Stilleben und Blumen in Form von Aquarellen der Malerin und Grafikerin Inge FANGL zeigt das Bezirksmuseum Donaustadt, 22, Kagraner Platz 54, in einer Ausstellung, die vom 30. September bis 17. Oktober, jeweils Mittwoch von 17 bis 19 Uhr sowie Sonntag von 10.30 bis 11.30 Uhr geöffnet ist. (Schluß) zi/gg

NNNN

Kranzniederlegung am Grab von Vizebürgermeister Hans Mandl

=++++

3 Wien, 28.9. (RK-LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Bildungsstadtrat Ingrid SMEJKAL legten am Freitag anläßlich des 85. Geburtstages von Hans MANDL an dessen Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof einen Kranz nieder. Hans Mandl verwaltete von 1949 bis 1965 das Ressort Kultur, Volksbildung und Sport und war auch lange Zeit Vizebürgermeister und Landeshauptmannstellvertreter von Wien gewesen. (Schluß) gab/ko

NNNN

Ab Montag: Kostenlose Lauftreffs im Prater

=++++

12 Wien, 28.9. (RK-LOKAL) In Hinblick auf den 2. Wiener Frühlings-Marathon- und -Lauf, der am 31. März 1985 in Szene geht, werden bereits ab 1. Oktober wöchentliche Lauftreffs im Prater abgehalten. Treffpunkt ist jeweils Montag oder Donnerstag um 18.30 Uhr beim Marathontor des Stadions, sowie jeden Mittwoch um 18.30 im Freizeitpark Schmelz.

Die Teilnahme an diesen Lauftreffs ist kostenlos, als zusätzliche Serviceleistung können die Teilnehmer ein Gutscheinheft mit vielen Begünstigungen erwerben.

(Schluß) hof/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde. Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. Goller (ÖVP), wie hoch der Gesamtbetrag ist, den die Stadt Wien für die neue Internationale Schule in Kagran bezahlen muß, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß ein Kostenschlüssel von 65 zu 35 Prozent zwischen dem Bund und der Stadt Wien vereinbart wurde. Laut Abrechnung des Bundes betragen die Gesamtkosten unter Einrechnung der Grundstückskosten 557 Millionen Schilling, wovon die Stadt Wien 195 Millionen Schilling zu tragen hätte. Allerdings liegt noch keine Endabrechnung vor, und der Bund hat auch nicht einzubeziehende Grundstücke in die Rechnung einbezogen. Überdies scheine der durchschnittliche Grundstückspreis nicht angemessen. Zu den Betriebskosten sagte Mayr, daß hier keine Belastung für die Stadt Wien entstehe.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), warum die Suspendierung des Oberkommissärs Ing. Robert Urbancik nun schon das zweite Jahr aufrechterhalten wird, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß diese Suspendierung 1982 aufgrund der Bestimmung ausgesprochen wurde, wonach eine strafgerichtliche Anzeige oder eine Disziplinaranzeige eine solche Maßnahme auslösen könne. Der Disziplinarsenat hat die Suspendierung 1984 bestätigt. Zwar sei das strafgerichtliche Verfahren abgeschlossen, aber das disziplinarrechtliche Verfahren laufe nach wie vor weiter. In dieses wolle sie nicht eingreifen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. LACINA (SPÖ), welche Maßnahmen für Behinderte und ältere Mitbürger in den letzten Jahren bei den Amtshäusern gesetzt wurden, sagte Bautenstadtrat RAUTNER (SPÖ), daß in den letzten vier Jahren rund 12 Millionen für Baumaßnahmen im Interesse der Behinderten getätigt worden seien. Dazu zählen Ein- und Umbauten von Aufzügen, die Errichtung von rollstuhlgerechten Rampen und von Invalidenparkplätzen. Die Stadt Wien werde auch weiterhin die Ö-Norm B 1600 bei allen Bauvorhaben anwenden. StR. Rautner verwies darauf, daß vom Pressedienst drei Broschüren für Behinderte herausgegeben wurden.

GR. GLÜCK (ÖVP) urgierte in der VIERTEN ANFRAGE ein Provisorium für den Rosenhügelsteg in Meidling. Stadtrat Rautner verwies darauf, daß ein Provisorium aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar sei. (Forts.) fk/ku

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 5. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), nach welchen Beschlüssen Räume des Wiener Rathauses für Veranstaltungen politischer Parteien zur Verfügung gestellt werden, antwortete StR. RAUTNER (SPÖ), für die Vergabe sei nach der Geschäftseinteilung der Magistrat zuständig. Rautner meinte, es gebe eine riesige Fülle von Anfragen und daher wird man nun den Gesamtkomplex neuerlich beraten. Es sollen allgemeine Richtlinien für die Vergabe ausgearbeitet werden.

Auf die 6. ANFRAGE von GR. STEINBACH (SPÖ), welche Ausstellungsprojekte der Wiener Stadt- und Landesbibliothek für 1984/85 vorliegen, antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ), die Tätigkeit sei erfreulicherweise umfangreicher geworden. Im Dezember wird die Ausstellung "Die Wiener Operette" eröffnet. Für diese Ausstellung gibt es bereits Anfragen aus Japan. Noch im heurigen Oktober wird eine Ausstellung "Wintersport in Wien" gezeigt werden. Für 1985 liegen bereits zehn Anfragen über eine Beteiligung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek an in- und ausländische Ausstellungen vor. Man wird zum Beispiel bei Ausstellungen in Berlin und in Paris dabei sein. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Erika STUBENVOLL (SPö) nach der Bilanz des heurigen Wiener Musiksommers antwortete StR. MRKVICKA (SPö), daß die heuer zusätzlich aufgenommenen Aufführungen der Volksoper zu 94 Prozent und jene der Staatsoper zur Gänze ausverkauft waren. Im Theater an der Wien gab es um die Hälfte mehr Veranstaltungen, auch sie waren ausverkauft. Es konnten um 50.000 Karten mehr zu interessanten Veranstaltungen angeboten werden. Dazu kommen die auch bisher üblichen Aufführungen des Wiener Musiksommers. Die heuer erstmals ins Programm aufgenommenen Veranstaltungen österreichischer Musik des 20. Jahrhunderts fanden Anklang, auch hier ist eine Erweiterung geplant.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPö) über Gegenmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gefährdung der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung durch Abfälle und Abwässer im Hochschwabgebiet antwortete StR. BRAUN (SPö), es bestehe tatsächlich eine beträchtliche Gefahr für das Wiener Trinkwasser. Als Sofortmaßnahmen wurde, soweit angesichts der Witterung möglich, ein Teil des Mülls bereits eingesammelt, der Rest soll im Frühling mit Hubschrauberunterstützung abtransportiert werden. Die Fäkalien der Sonnenschiehütte müssen mit Fäkalienwagen entfernt werden, und es wird die Errichtung eines Abwasserverbandes unumgänglich sein.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Prof. Dr. WELAN (öVP), welche Umweltschädigungen an Pflanzen und Boden in Wien bei neuen Untersuchungen festgestellt wurden, antwortete StR. Braun, daß in Wien ein Bioindikatornetz mit acht Punkten eingerichtet wurde. Es zeigte, daß der Wienerwald kaum geschädigt ist, jedoch u.a. in Schönbrunn, im Laaer Wald, im Lainzer Tiergarten und der Lobau die Schäden deutlicher sind. Unterschiede zwischen konventioneller und biologischer Bodennutzung konnten bisher noch nicht deutlich nachgewiesen werden, er erwarte sich jedoch vom biologischen Landbau größere Vorteile, sagte Braun. Die Untersuchungen sollen fortgesetzt werden und Grundlage einer Bodenschutzkonzeption werden. (Forts.)
and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die 10. ANFRAGE von GR. JANK (SPö) hatte die gärtnerische Ausgestaltung der gewidmeten EPK-Fläche im Bereich Wallgasse - Mollardgasse zum Inhalt. Umweltstadtrat BRAUN (SPö) führte aus, daß mit der Ausgestaltung im Gebiet Mollardgasse 82 - 86 noch heuer hätte begonnen werden sollen. Da jedoch die Gumpendorfer Straße als Umleitungsstrecke für den U-Bahn-Bau in der Mariahilfer Straße vorgesehen ist und daher noch Bauarbeiten notwendig sind, muß die Mollardgasse als Umleitungsstrecke für die Gumpendorfer Straße herangezogen werden. Es wird daher erst nach 1985 mit der Grüngestaltung begonnen werden können.

Zusatzfragen beantwortete Braun dahingehend, daß es nach den Arbeiten an der U 6 und der Ausgestaltung des 2. Bauteiles zu keiner Behinderung der Ausfahrten der Feuerwache Mariahilf kommen wird und daß für den ersten Bauabschnitt voraussichtlich 3,44 Millionen Schilling aufgewendet werden müssen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

9 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen drei Anfragen der FPö und vier der öVP vor. Weiters stellt die öVP neun Anträge:

- o mehr Information bei Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen,
- o die Schaffung einer Objektivierungskommission für Aufnahmen in den Dienst der Stadt Wien,
- o die öffentliche Ausschreibung des Postens des Intendanten der Wiener Festwochen,
- o die Einführung eines objektiven und transparenten Punktesystems bei der Vergabe von Gemeindewohnungen,
- o Gebührenbefreiung in Angelegenheiten der Kriegssopferversorgung,
- o Sanierung und Restaurierung des Friedhofes Kaiserebersdorf,
- o Herabsetzung der Erhaltungsbeiträge für Gemeindewohnungen der Kategorie A,
- o Aufnahme von Gesprächen mit Finanz- und Justizminister über steuerliche Regelungen bei der Stadterneuerung,
- o Sparsamkeit beim "Tag der offenen Tür".

In einer kurzen Erklärung zur Geschäftsordnung verlangte GR. Dr. GOLLER (öVP) entgegen der Zuweisung durch den Vorsitzenden des Gemeinderates, GR. MAYRHOFER (SPö), u.a. den Antrag auf Sparsamkeit beim "Tag der offenen Tür" dem Bürgermeister persönlich zuzuweisen.

GR. EDLINGER (SPö) meinte dazu, es sei langjährige Übung, daß Anträge dem inhaltlich zuständigen Ausschuß zugewiesen werden, weil dort darüber debattiert werden könne. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

10 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lag weiters ein Antrag der Bezirksvertretung Meidling auf Umbau des Wienfluß-Sammelkanals vor. Die Bezirksvertretung Hietzing stellte drei Anträge: Umbau der Kesselanlage im Lainzer Pflegeheim, die Errichtung eines Park-and-ride-Parkplatzes bei der U 4 in Hütteldorf und die Verlängerung des Vorflutkanals in der Krippentörlgasse.

Zwtl.: Neuwahl von zwei Gemeinderäten

Da die Gemeinderäte Franz NEKULA (SPö) und Hans LUDWIG (SPö) aus dem Gemeinderat ausscheiden, wurden zwei neue SPö-Mandatare angelobt.

Für Hans Ludwig folgt im Gemeinderat Herta SLABINA (SPö) und für Franz Nekula Heinz HUFNAGL (SPö). Herta Slabina ist 53 Jahre alt, kommt aus Favoriten und ist von Beruf Amtsdirektor im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Heinz Hufnagl ist 35 Jahre alt, kommt aus Meidling und ist von Beruf Bankbeamter.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, Mayrhofer, würdigte die Verdienste von Franz Nekula und Hans Ludwig.

Zwtl.: Lebenslauf von Franz Nekula

Franz Nekula wurde am 16. November 1924 in Wien geboren. Er absolvierte eine kaufmännische Ausbildung. Von 1942 bis 1945 leistete er Arbeits- und Militärdienst. 1946 trat Franz Nekula in den Dienst der Stadt Wien, wo er zunächst im Fürsorgewesen tätig war. 1959 wurde er Sekretär des amtsführenden Stadtrates für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Von 1959 bis 1964 gehörte er als Bezirksrat der Meidlinger Bezirksvertretung an. 1964 erfolgte seine Wahl in den Wiener Landtag und Gemeinderat. 1965 wurde er zum Obmann der Bezirksorganisation Meidling der SPö gewählt. Im April 1969 übernahm Franz Nekula als amtsführender Stadtrat das Ressort der Wiener Stadtwerke. Im Rahmen einer Neueinteilung der Geschäftsgruppen der Wiener Stadtverwaltung wurde das von Franz Nekula geleitete Ressort im September 1976 erweitert. Die Geschäftsgruppe "Verkehr und Energie" umfaßte die Wiener Stadtwerke und den U-Bahn-Bau. Nach einer Umstrukturierung der Geschäftsgruppen führte Stadtrat Nekula 1979 bis 1983 das Ressort "Personal- und Rechtsangelegenheiten". Stadtrat Franz Nekula war lange Jahre Präsident der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft. (Forts.)
fk/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters

=++++

13 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn seiner Regierungserklärung wies Bürgermeister Dr. Helmut ZILK darauf hin, daß er bei seiner Wahl am 10. September sehr bewußt auf jede Regierungserklärung verzichtet habe. Nicht vorschnelle Ankündigungen sollen die Politik des Bürgermeisters charakterisieren, sondern gewissenhaftes Prüfen und reifliches Überlegen. Zilk kündigte an, daß er sich voll mit dem Arbeitsprogramm seines Vorgängers identifizieren werde, ohne damit auf neue Akzente zu verzichten. Es werde daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch keine neue Ressort- und Geschäftseinteilung geben.

Zilk drückte seine Enttäuschung darüber aus, daß sein Bekenntnis zur politischen Partnerschaft bisher kaum freudige Bejahung gefunden habe, erneuerte aber das Angebot zu einer Politik der ausgestreckten Hand als Ausdruck der Politik der Sozialdemokraten, die ihn gemeinsam mit der FPÖ in diese Funktion gewählt haben.

Leitmotiv für sein Handeln werde stets das Wohlergehen der Bürger sein, betonte der Bürgermeister. Vor allem werde er sich jener Bevölkerungsgruppen annehmen, die benachteiligt und schwach sind. Er werde aber auch seitens der Stadtverwaltung Einfluß zu nehmen versuchen auf den faszinierenden Prozeß, in dem die Frauen jene Schranken durchbrechen, die ihnen jahrhundertalte Vorurteile und eine männlich geprägte Gesellschaft auferlegt haben.

UMWELT

Der Bürgermeister legte ein klares Bekenntnis dazu ab, daß der Schutz und in vielen Fällen die Wiedergewinnung einer gesunden Umwelt in jeder, auch kleinsten, Maßnahme dieser Stadtverwaltung Niederschlag finden müßte. Oft würde auch die Erfüllung der Bedürfnisse und Wünsche der Bürger zu Lasten der Umwelt gehen.
(Forts.) r6/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - UMWELT

=++++

14 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Man könne den Menschen eben nicht anbieten, von ihrer Wohnung in Sekundenschnelle auf kreuzungsfreie, sechsspurige Autostraßen zu gelangen und gleichzeitig hervorragende Atemluft zu haben. Deshalb werde er dafür eintreten, daß überall dort, wo das Anliegen einer gesunden Umwelt mit anderen Interessen in Konflikt gerät, die Alternativen klar aufgezeigt, und die Menschen in einen breiten Meinungsbildungsprozeß eingebunden werden.

Zilk bezeichnete die relativ gute Bewertung der Umweltbedingungen in Wien durch die Wiener in Zeiten einer allgemeinen Besorgnis über die zunehmende Zerstörung der Umwelt als Anerkennung für die gewaltigen Anstrengungen seines Vorgängers und bekannte sich zur Fortsetzung dieser Umweltpolitik.

Er werde überdies dafür sorgen, versprach Zilk, daß die wenigen noch mit Brunnen versorgten Gebiete der Stadt so rasch wie möglich an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen werden. Durch eine Neuregelung der Anschlußgebühren soll für eine gerechte Aufteilung der Kosten gesorgt werden. Weiters kündigte Zilk eine systematische Untersuchung der Grundwasserqualität und die Klärung der Frage an, wieweit in Teilen Wiens eine Nutzwasserleitung sinnvoll wäre.

Weitere Verbesserungen der Umweltsituation sind durch Verbesserung der EBS, moderne Rauchgasreinigungen, Senkung des SO₂-Gehaltes in der Wiener Luft und den zügigen Ausbau der Fernwärme vorgesehen. Zilk erneuerte sein Bekenntnis, den Wienerwald notfalls auch durch unpopuläre Maßnahmen zu erhalten.

VERKEHR

Die Stadt Wien wird weiterhin dem öffentlichen Verkehr Vorrang einräumen; dies vor allem durch den weiteren Ausbau der U-Bahn mit größerem Nachdruck, wobei die Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung, aber auch der Geschäftsleute so gering wie möglich gehalten werden wird. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - VERKEHR

=++++

15 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs kündigte der Bürgermeister auch die Bemühung um eine "große Lösung" im Verkehrsverbund durch Eingliederung der Buslinien an.

Das Verkehrskonzept wird weiterhin von der Zielsetzung ausgehen, den Individualverkehr auf den notwendigen Verkehr zu beschränken, mehr Park-and-Ride-Plätze zu schaffen und bei allen Straßenbaumaßnahmen nicht nur auf die Verkehrsbedürfnisse der Fahrzeuglenker, sondern in verstärktem Maße auch auf die Fußgänger und Anrainer Bedacht zu nehmen. Die Gespräche für verstärkte Mithilfe des Bundes, etwa bei neuen Gürtellösungen, werden fortgesetzt.

ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

Ökologie und Ökonomie dürfen, so Zilk, nicht als Gegensatz verstanden werden, sondern als zwei Aspekte derselben Problemstellung. Materieller Wohlstand und gesunde Umwelt sind Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität. Wir können weder auf das eine noch auf das andere verzichten. Das Wort von der Versöhnung der Ökologie und der Ökonomie ist keine Wunschvorstellung, sondern eine konkrete, bewältigbare Aufgabe.

WIRTSCHAFT

Voraussetzung dafür, daß jeder Wiener einen seiner Neigung und Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden könne, aber auch Voraussetzung dafür, daß die Kommune die erforderlichen Einnahmen erhalte, um die besondere Infrastruktur und das hohe Dienstleistungsangebot aufrecht zu erhalten, sei eine gesunde Wiener Wirtschaft, erklärte Zilk. Was Wien noch etwas fehle, sei der Mut zu Risiko und Selbstvertrauen. Er versichere den Wienern, daß er alles tun werde, um alle ernstzunehmenden Bestrebungen so weit wie möglich zu fördern, in denen Wiener Mut zum Risiko zeigen. (Forts.) rö/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - WIRTSCHAFT

=++++

16 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Es sei uns bisher in Wien dank eines ausgewogenen Systems von wirtschaftsfördernden Maßnahmen und dank einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern gelungen, die Beschäftigungsprobleme in Grenzen zu halten, betonte Zilk. Dies dürfe aber nicht selbstzufrieden machen. Besondere Sorgen bereite ihm, daß in Wien im abgelaufenen Jahrzehnt mehr als 35.000 Arbeitsplätze im Produktionsbereich verloren gegangen sind, und daß das West-Ost-Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes immer deutlicher werde. Er werde sich daher bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß der Standort Wien bei der Finalproduktion der verstaatlichten Industrie vermehrt berücksichtigt werde.

Als Schwerpunkte für das Budget nannte der Bürgermeister größte Sparsamkeit bei den Ausgaben, Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus sowie Forcierung der Stadterneuerung.

In der Tarifpolitik sprach er sich für faire Tarife aus und garantierte für 1985 das Gleichbleiben der Gebühren für Wasserbezug, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und der Tarife der Verkehrsbetriebe. Zilk erneuerte die Forderung nach einem einheitlichen Stromtarif für ganz Österreich.

WOHNEN

Altstadterhaltung dürfe nicht aus dem Mißtrauen heraus betrieben werden, betonte Zilk, daß die heutige Architektur Bauaufgaben nicht ästhetisch ansprechend und zugleich funktional lösen könne. Die lebendige Stadt Wien müsse in der Verbindung von Altem und Neuem zum Ausdruck kommen. Nach Beseitigung der Wohnungsnot sei die Aufgabe, der wir uns mit aller Kraft zu widmen haben, die Stadterneuerung. (Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - WOHNEN

=++++

17 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Wenn für die Realisierung der Stadterneuerungserfordernisse ein Zeitraum von 20 Jahren angenommen werde, so müssen wir mit jährlich rund 13.500 Einzelwohnungsverbesserungen, 3.000 Wohnungszusammenlegungen und 1.000 Totalsanierungen in erhaltenswerten Gebäuden rechnen, die aus öffentlichen Mitteln zu fördern sind. Dazu komme noch die Neubautätigkeit, auf die man auch in Zukunft nicht ganz werde verzichten können. Das bedeute, daß den Wienern in Zukunft jährlich mehr als 20.000 erneuerte oder neue Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgermeister wies auch darauf hin, daß ein Architektenteam ein Siedlungsprogramm für 2.000 Wohneinheiten im sogenannten verdichteten Flachbau vorbereite.

Keinen Zweifel ließ Zilk daran, daß das derzeit in parlamentarischer Beratung stehende neue Wohnhaussanierungsgesetz nur als ein erster Schritt zur Anpassung des Förderungsinstrumentariums an den neuen Schwerpunkt Stadterneuerung angesehen werden könne. Einen bedeutenden Anreiz zu vermehrter Stadterneuerung könnte eine steuerliche Gleichstellung von Wohnungsneubau und Stadterneuerungsmaßnahmen bilden. Zilk bezeichnete es als wichtige Aufgabe, die Nahversorgung der Wiener zu angemessenen Preisen und in zumutbarer Entfernung sicherzustellen.

DEMOKRATIE

Bürgerbeteiligung und Demokratisierung unter den Bedingungen der Großstadt bedeute für ihn vor allem Dezentralisierung, betonte der Bürgermeister. Um diesen Schritt zu tun, müsse freilich manche liebgewordene Vorstellung über Bord geworfen werden. Vor allem müsse man ein neues Verhältnis zum Konflikt entwickeln: Die Aufgabe der Politik liege nicht im Zुकleistern der Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sondern in ihrem Sichtbarmachen. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - DEMOKRATIE

=++++

18 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Je sichtbarer und klarer unterschiedliche Interessen ausformuliert werden, desto rationaler werden Konflikte ablaufen und desto einfacher wird es sein, die unverändert notwendigen Kompromisse zu erzielen - dies aber nicht als Diktat einer "aufgeklärt absolutistischen Obrigkeit", sondern als Ergebnis eines transparenten Meinungsbildungsprozesses, in dem die Vertreter divergierender Interessen letztlich zu solchen Kompromissen kommen.

Dezentralisierung kann nach Aussage des Bürgermeisters sicherlich nicht einfach die Verlagerung bürokratischer Strukturen auf eine andere Ebene bedeuten, sondern soll die Entscheidungen dort herbeiführen, wo Menschen wirklich an ihnen teilnehmen werden. Dezentrale Demokratie könne auch nicht bedeuten, daß Wien in 23 kleine Kommunen zerfalle. Es sei vielmehr an ein abgestuftes System gedacht, das den Bezirken sowohl autonome Entscheidungsrechte als auch Mitwirkung und Mitbestimmung in anderen Bereichen übertrage.

Die stärkere Heranziehung des einzelnen Bürgers bedeute aber auch die Übernahme neuer Pflichten. Die Mitbestimmung dürfe nicht das Tummelfeld einiger weniger selbst ernannter Aktivisten sein, an ihr sollten vielmehr möglichst viele teilnehmen.

Entscheidend dafür werde verstärkte Information sein. Er habe deshalb den Auftrag gegeben, daß die Informationen durch den Presse- und Informationsdienst, der in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen habe, daß die Wiener mehr über die Arbeit und Pläne der Stadtverwaltung wissen, nun in verstärktem Maße an die im Einzelfall Betroffenen herangetragen werden. So ist etwa daran gedacht, bei größeren Baumaßnahmen mit Hausanschlüssen und örtlichen Postwurfsendungen zu arbeiten. (Forts.) rö/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - VERWALTUNG

=++++

19 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtverwaltung habe in den letzten Jahren einen bemerkenswerten und für jeden Bürger sichtbaren Wandel von einer obrigkeitlichen Verwaltung zu einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung vollzogen, erklärte der Bürgermeister. Als Bürgermeister, aber auch als Wiener sei er stolz auf die ausgezeichnete Arbeit, die in der Wiener Stadtverwaltung geleistet werde. Die Arbeit der städtischen Mitarbeiter sei so gut, daß der Wiener die vielen kommunalen Einrichtungen als Selbstverständlichkeit nehme. Dies bedeute aber nicht, daß man nicht noch vieles verbessern könne.

Zilk betonte, daß er sich voll und ganz hinter jene Mitarbeiter stellen werde, denen bei selbständiger Ausübung der Arbeit im Interesse der Bürger geringfügige Fehler unterlaufen. Er werde aber bei der Auslegung des Begriffes Sauberkeit in der Verwaltung einen sehr strengen Maßstab anlegen. Wenn ihm bekannt werden sollte, daß sich städtische Bedienstete im Zusammenhang mit ihrer Aufgabenerfüllung materielle oder sonstige Vorteile zuwenden lassen, werde er das mit aller Strenge ahnden. Zilk kündigte an, daß der Bürgerdienst zu einem Stadtbudsmann weiterentwickelt werde, an den sich die Wiener in allen sie betreffenden Fragen wenden können.

SICHERHEIT

Obwohl Wien im Vergleich zu den anderen Großstädten als sichere Stadt gelte, müsse man dem Problem der Sicherheit größtes Augenmerk zuwenden, betonte Zilk. Er dankte dem Innenminister und dem Polizeipräsidenten für die Aufstockung des Personalstandes in den letzten Jahren und wandte sich neuerlich energisch gegen jede Art von Vandalismus, Gewalt und körperlicher Bedrohung. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - KULTUR

=++++

20 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Er habe Kulturpolitik immer so verstanden, daß niemand zwangsbeglückt werden solle, sondern daß das Bildungssystem Kreativität und Selbständigkeit entwickeln helfe, und daß eine große Palette von Aktivitätsmöglichkeiten leicht zugänglich zur Verfügung stehe. Zilk wies darauf hin, daß Wien, an der Bevölkerung gemessen, über die meisten Theaterplätze im mitteleuropäischen Raum verfüge, und begrüßte die Bestellung von Boy Gobert als Direktor der "Josefstadt". Er wies darauf hin, daß Wien eine große Ausstellungshalle fehle, um als Kunst- und Ausstellungsstadt absolutes internationales Niveau zu erreichen, und kündigte an, er werde sich bemühen, eine derartige Halle im Zuge der Revitalisierung des Messepalastes zu bekommen. Neben der baldigen Renovierung von Secession und Raimundtheater werde auch die Revitalisierung des Ronachers vorrangiges Ziel der Stadtpolitik bleiben.

SCHULE, JUGEND

Auf dem Schulsektor werde ein Schwerpunkt die Einführung und Organisation der neuen Hauptschule sein, aber auch die Renovierung von Berufsschulen und die Auseinandersetzung mit der elektronischen Datenverarbeitung. Die Kindertagesheime werden nach den künftigen Bedarfsschwerpunkten ausgebaut werden, wobei die Kinderzahl in den Gruppen weiter herabgesetzt werden soll.

FREIZEIT

In kaum einer anderen Großstadt finde man eine derartige Angebotspalette von Freizeiteinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten wie in Wien, betonte Zilk. Von Stadtwanderwegen über das Bäderkonzept bis zur Donauinsel seien hier alle wesentlichen Einrichtungen geschaffen worden, um den Wienern Freizeitmöglichkeiten, weitgehend abgeschirmt von negativen Umwelteinflüssen, zu bieten. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - SPORT

=++++

21 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Wien sei bestrebt, eine Sportpolitik zu machen, die dem einzelnen Bürger unserer Stadt so weit wie möglich entgegen kommt, sowohl den Breiten- als auch den Leistungssport fördert und auch dem Spitzensport und seinen Veranstaltungen entsprechenden Raum gibt, betonte Zilk. Er wies darauf hin, daß es nach langen Verhandlungen mit dem Bund gelungen sei, eine Lösung für die unbedingt notwendige Generalsanierung des Wiener Praterstadions zu finden. Bei einer Kostenteilung zwischen Bund und Land werde das Stadion mit einer Überdachung zu einer Sportstätte werde, die allen internationalen Ansprüchen gerecht werde.

SOLIDARITÄT

Vor allem jene Bevölkerungsschichten, an denen unsere Gesellschaft nur zu gerne vorbeisehe, habe ein Anrecht darauf, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Probleme annehme, betonte Zilk, und sprach sich dafür aus, daß Wien nur dann eine weltoffene Stadt genannt werden dürfe, wenn es seine Weltoffenheit auch jenen Menschen gegenüber zeige, die aus dem Ausland als Arbeitskräfte hierher kommen. Wo Fremdenhaß und neuer Faschismus diese Menschen zu verteufeln versucht, werde er als Bürgermeister Wiens dem entgegenzutreten wissen.

Angesichts der Vielfältigkeit der Probleme müssen wir aber auch im Stande sein, die Initiative der Bürger zu mobilisieren. Zilk appellierte daher an alle Mitbürger, die Verantwortung für die Gemeinschaft als Verantwortung für den weniger glücklichen Mitmenschen zu verstehen und helfend einzugreifen. Das neue Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz werde der Solidarität auch gegenüber dem Tier Rechnung tragen. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters - SOZIALES UND
GESUNDHEIT - AKH

=++++

22 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Wien werde in den nächsten Jahren den international anerkannten Wiener Weg in der Sozialpolitik fortsetzen. Dieses Solidaritätsangebot an die Mitbürger dürfe aber nicht als Einladung zum Mißbrauch verstanden werden. Die sozialen Hilfen werden nur jenen zugute kommen, die sie wirklich benötigen. Zilk würdigte dann die Bedeutung der Nachbarschaftshilfe und betonte, Wien brauche den mündigen Bürger, der Eigenverantwortung und Selbsthilfe kenne, Wien brauche aber auch den sozialen Bürger, der über den Rahmen der Familie hinaus für seinen Nächsten tätig sei.

Von der Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung erwartet sich der Bürgermeister eine gerechte Lösung des Problems der sogenannten Fremdpatienten, vor allem aber eine generelle Verbesserung der Lage der Krankenanstaltenträger. Auch müsse überlegt werden, ob nicht durch eine Änderung der Führungsstruktur in den Spitälern eine wirtschaftliche Führung der Krankenanstalten erreicht werden könne. Zum AKH erklärte der Bürgermeister, die Wiener würden es nicht verstehen, wenn er ihnen als Einstandsgeschenk eine 10 Milliarden-Ruine als Wahrzeichen für kommende Generationen überantworten und gleichzeitig die Universitätskliniken an den östlichen Stadtrand dislozieren würde. Zilk betonte, er habe der VAMED mitgeteilt, daß im endgültigen Termin- und Kostenplan der Betrag von 37,8 Milliarden Schilling auf der Preisbasis 1983 als oberstes Limit nicht überschritten werden dürfe, und daß die im Entwurf vorgesehenen Termine als spätestmögliche Fertigstellungstermine anzusehen seien. Die Arbeitsgemeinschaft AKH wurde von ihm gestern ersucht, ab sofort in ihren regelmäßigen Sitzungen die strenge Einhaltung der Kosten- und Terminzusagen zu überwachen. (Forts.) rd/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters

=++++

23 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister versprach auch, die Medizinische Fakultät unverzüglich einzuladen, die Strukturdiskussion innerhalb der nächsten Wochen verbindlich und mit konkretem Ergebnis abzuschließen und damit die Voraussetzungen für die endgültige Betriebskostenberechnung zu schaffen. Als Termin merke er sich dafür spätestens den 1. Dezember 1984 vor. Zilk versicherte, daß die Konzentration auf die große Aufgabe des AKH-Baues die Anstrengungen um den Bau des SMZ-Ost keinesfalls in den Hintergrund drängen dürfe.

DIE ZUKUNFT

Zum Schluß wies der Bürgermeister auf die Wichtigkeit des Stadtentwicklungsplanes hin, den er im November dem Gemeinderat vorlegen werde. Dieser Stadtentwicklungsplan werde keine Utopie sein, sondern entspreche dem Grundgedanken einer Planung, die jederzeit gewährleistet, daß sich die Wiener in ihrer Stadt wohlfühlen und die es dennoch ermöglicht, Entwicklungslinien für die Zukunft weiter zu verfolgen.

Wien werde sich bemühen, die internationalen Beziehungen im besonderen Maße zu pflegen, wobei ihm, Zilk, besonders die Auslandsösterreicher und Südtirol am Herzen liegen. Wien gehöre nicht nur zu den drei offiziellen UNO-Städten, sondern auch zu den fünf am meisten aufgesuchten Kongreßstädten. Diese Position werde sich nach Fertigstellung des österreichischen Konferenzzentrums zweifellos noch verbessern. Alle Bemühungen um einen anerkannten internationalen Status wären jedoch erfolglos gewesen, ohne die Wiener, die den Gästen ein Klima und eine Atmosphäre in unserer Stadt bieten, die die beste Werbung für den Begegnungsort Wien sei. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Regierungserklärung des Bürgermeisters

=++++

24 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Abschließend versprach Zilk allen Wienern, sein Amt mit Engagement und Optimismus auszuüben. Er werde die Bereitschaft fördern, die Probleme der Menschen auch dann zu lösen, wenn das in der Verwaltung zu einem Verlassen der gewohnten Vorgangsweisen zwingt. Er werde gegen die Einstellung ankämpfen, "daß man da nichts machen kann", und verspreche, daß die Anliegen und Beschwerden jedes einzelnen Wieners von der Verwaltung gewissenhaft geprüft und beantwortet werden. Der Bürgermeister schloß seine Rede: "Es drängt mich, am Ende dieser Regierungserklärung noch eine persönliche Bemerkung anzubringen: Ich bin zutiefst beeindruckt von den gewaltigen Leistungen einer Generation von Wienerinnen und Wienern, die in schwerster Zeit in der Stunde Null nach dem Krieg mutig den Wiederaufbau begonnen und zuwege gebracht haben. Die überwiegende Mehrheit hat damals darauf verzichtet, sich zum goldenen Milchhorizont des Westens abzusetzen. Sie sind hiergeblieben; in den Trümmern einer Stadt haben sie Ziegel abgeklopft und sie zu neuen Häusern gefügt. Um wieviel weniger Mut brauchen wir heute, als die Menschen damals, wenn wir uns vornehmen, die vor uns liegenden Probleme zu lösen. Wie leicht stellen wir unter ungleich besseren Bedingungen dies heute selbst in Frage. Damals konnte ein Bundeskanzler seinen Mitbürgern nichts anderes sagen als: "Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann auch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden, wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten - glaubt an dieses Österreich." Wenn wir bei ungleich günstigeren Voraussetzungen uns ein wenig von diesem Mut, dieser Entschlossenheit und dieser Zuversicht der Nachkriegsjahre beflügeln lassen, dann wird auch unsere Generation die ihr gestellte Aufgabe zu erfüllen imstande sein", schloß Zilk.

(Forts.) rü/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

25 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ wird auch unter Bürgermeister Dr. Zilk eine kritische und konstruktive Opposition betreiben, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). In Wien ist die SPÖ mit einer eindeutigen Mehrheit vom Wähler ausgestattet worden, und daher haben die Minderheitsparteien - wie in allen Demokratien üblich - die Aufgabe der Kontrolle. Die FPÖ habe daher nie verstanden, daß in der Vergangenheit Gratz und Busek in Abständen von Monaten den Drang verspürt haben, Koalitionsangebote auszutauschen. Die "Koalitionsmodelle" des heurigen Jahres, das U-Bahn-Kartell und der Stadterneuerungsfonds, haben sicher nicht überzeugend in Richtung Koalition gewirkt.

Von Bürgermeister Dr. Zilk erwarte sich die FPÖ die Abschaffung der Parteibuchwirtschaft, vor allem im Schuldienst. Im Umwelt- und Entsorgungsbereich ist man in Wien über die Phase der Ankündigungen noch nicht hinausgekommen. Bei der Umsetzung steht man noch immer bei der Stunde Null. So hat man sich vom Rinter-Debakel noch immer nicht erholt, es gibt kein seriöses Programm für die Wiederverwertung von Müll. Auch das Kombinat Kläranlage/EBS funktioniert noch nicht. Im Sinne der Sauberkeit in der Verwaltung wäre jetzt endlich Anlaß, durchzugreifen. Den heutigen Medien kann man entnehmen, daß in der Altöl-Affäre der zuständige Stadtrat und der Gemeinderat belogen wurden.

Zur Stadterneuerung hielte es Dr. Hirnschall für klug, daß in der Regierungserklärung der Stadterneuerungsfonds mit keinem Wort erwähnt wurde. Hirnschall: "Mit diesem Fonds und mit diesen Leuten kann man keine wirksame Stadterneuerung machen." Es wäre besser, den Laden zuzumachen und etwas Vernünftiges zu schaffen. Derzeit gibt es kein Konzept, kein Arbeitsprogramm, und es ist nichts über die bisherige Tätigkeit des Fonds bekannt. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

26 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die Ankündigung, der Bau des AKH dürfe den Bau des SMZ-Ost nicht in den Hintergrund drängen, läßt auf eine Revision des bisherigen Standpunktes der Mehrheitspartei hoffen, betonte Dr. Hirnschall weiter. Zum AKH selbst meinte er, die Ausarbeitung einer groben Betriebskostenschätzung und einer Struktur der Fakultät hätte bis heute auf jeden Fall vorgelegt werden müssen. Die Kontrolle des Kontrollamtes wäre beim AKH auch notwendig. Trotz dieser Kritik wäre es aber unverantwortlich, nun den Bau des AKH zu stoppen und die VAMED nicht mehr mit dem Weiterbau zu beauftragen. Man sollte doch bedenken, daß bereits 12 Milliarden ausgegeben wurden, und daß es für 10 Milliarden rechtskräftige Vergabeverträge gibt. Außerdem müßten die bisherigen Planungen für das SMZ-Ost "weggeschmissen" werden, weil sie ja auf ein bloßes Krankenhaus ausgerichtet sind.

Abschließend begrüßte Dr. Hirnschall die Erklärung von Dr. Zilk, er wolle "eine Politik der ausgestreckten Hand" betreiben. Die FPÖ sei, trotz abweichender Vorstellungen in wesentlichen Punkten, dazu bereit, betonte Dr. Hirnschall. (Forts.) sei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

29 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Er begrüße die Feststellung des neuen Bürgermeisters, daß Wien kein rotes Wien, sondern ein rot-weißes und ein rot-weiß-rotes Wien sei, formulierte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (öVP). Die Volkspartei biete überall dort Unterstützung an, wo eine Politik für alle Bürger gemacht wird. Busek verwies auf jene Bereiche, in denen die öVP bereit ist, mit der SPÖ zusammenzuarbeiten: Umwelt, Stadterneuerung, Kultur und Stadtaußenpolitik. Eine Partnerschaft sei jedoch auf jeden Fall ein Spannungsverhältnis, die Parteien hätten die Aufgabe, sich von einander zu unterscheiden, und einfache "Liebeserklärungen" für den Augenblick reichten nicht für dauernde Haltbarkeit.

Es sei lähmend und frustrierend für den Bürger, wenn die Verwaltung einer Stadt stets nur mit abweisender Unbeweglichkeit, zynischer Schwerfälligkeit und lebensfeindlicher Sturheit reagiere. Der neue Bürgermeister stehe bis jetzt nicht im Rufe solcher Eigenschaften, aber er müsse die Normen und die Verwaltung so ändern und so gestalten, daß sie wirklich den Lebensverhältnissen dienlich sind. Dabei genüge es nicht, sich im Einzelfall publikums- und medienwirksam über die Schwerfälligkeit der Bürokratie hinwegzusetzen. Notwendig sei eine prinzipielle Verbesserung der Verwaltung.

Busek bezeichnete es als gemeinsame Aufgabe, die Stadt zu bewahren und zu erhalten, zu verschönern, ihre Lebendigkeit zu mehren und ihre Lebenschancen für die Zukunft zu erhalten. Er zitierte Aristoteles, der gesagt habe, die Polis diene nicht dem Zweck des bloßen Überlebens, sondern einem guten, vollkommenden Leben. Doch fast alle Utopien einer vollkommenen menschlichen Stadt würden irgendwo in die Utopie einer vollkommen technischen Stadt umschlagen. "Aber das Bild der Stadt erschöpft sich nicht in einer technisch perfekten und gut funktionierenden öffentlichen Bedürfnisanstalt", sagte Busek. Es sei entscheidend, das einzig wirklich Konkrete der Politik nicht aus den Augen zu verlieren: nämlich, den Menschen in seiner Freiheit und Würde zu bewahren. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

30 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die Städte von heute seien vielleicht sozialer und hygienischer, aber mit dem Prozeß der allgemeinen Verstädterung gewiß nicht urbaner geworden, sagte Busek weiter. Er sehe für Wien allerdings nicht die Gefahr amerikanischer Städte, nämlich eines Exodus in die Vorstädte und die Verwilderung der Innenstädte. In Wien zeichne sich die gegenläufige Entwicklung ab.

In der politischen Auseinandersetzung gelte es nicht, sich wegen irgendjemand anderem anständig zu benehmen, es gehe darum, wie fair oder unfair die Konkurrenz ausgetragen wird. "Ich stelle mir vor, daß wir in einem fairen Wettkampf miteinander stehen sollten, und zu diesem Wettkampf paßte es durchaus, daß man in der gegnerischen Mannschaft auch mehrere gute Freunde hat," führte Busek aus. Im gemeinsamen Interesse sollte eine gute und hochklassige Politik stehen.

Der Vizebürgermeister begrüßte Dr. Zilks Ausführungen zur Nachbarschaftshilfe und unterstrich, es dürfe nicht dazu kommen, daß der hilfsbedürftige Bürger noch mehr an die Brust der Bürokratie oder gar der Parteien genommen wird. Politische Parteien hätten die Aufgabe, die Bevölkerung zu aktivieren, statt sie in Massen zu mobilisieren und zu organisieren. Entschieden wandte sich Busek gegen eine "Parteibüchlwirtschaft" in den vielfältigsten Bereichen. "Wenn Sie unserem Vorschlag zu einer Kommission für Postenvergabe zustimmen, gehen Sie einen Weg zur Objektivierung", sagte Busek. Weiterhin meine er, daß das Ressort Stadtentwicklung und Stadterneuerung geteilt werden sollte, und er verwies auf die Mitarbeit der ÖVP im Stadterneuerungsfonds. Enttäuscht sei er, Busek, daß Dr. Zilk nur wenig zur Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftspolitik zu sagen gehabt habe. Man müsse viel radikaler nach neuen Wirtschaftsformen und nach neuen Arbeitsmöglichkeiten suchen. Seit 14 Jahren fehle eine Wirtschaftspolitik, die den Steuerzahler nicht aussaugt und die Betriebe nicht auslaugt.
(Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

31 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Busek kritisierte die städtische Gebühren- und Tarifpolitik und das Fehlen des Themenbereiches "Umweltschutz" als Schwergewicht in der Regierungserklärung. Nach den Ankündigungen des früheren Umweltstadtrats Peter SCHIEDER müßten in den nächsten vier Jahren dafür 15 Milliarden aufgebracht werden, doch werden höchstens 2 Milliarden investiert werden können. Was sei also das Konzept des früheren Umweltstadtrats wert?

Die öVP sei für eine Neuordnung der Wiener Wirtschaftsförderung mit Investitionsanreizen und der Errichtung von Technologieparks und Gründerzentren. Die Mittelbetriebe brauchten in kooperativer Form Telefonzentralen, Sitzungsräume, EDV-Anlagen usw. Es sollen Innovationsassistenten und -praktikanten eingestellt werden, wobei ein Teil der Lohnkosten von der öffentlichen Hand zu tragen wäre. Es bedürfe der Partnerschaft von Wissenschaft, Forschung und Betrieben, es sei eine Technologievermittlungsagentur notwendig, und über ein Technologieforum sollten die Betriebe jeweils den neuesten Stand der Technologie kennenlernen können.

Hinsichtlich des Kraftwerkes Hainburg meinte Busek, die Bürger hätten ein Recht, Zilks Meinung dazu kennenzulernen. Busek befürchtet, daß die Staustufe Wien nicht wie geplant gebaut und damit das Grundwasserwerk Lobau nach vorübergehender Schließung wegen des Kraftwerkes Hainburg nicht wieder in Betrieb genommen werden kann.

Zum Allgemeinen Krankenhaus fragte Busek nach dem Träger der politischen Verantwortung, wenn es doch eine Kostenüberschreitung gibt, wer diese Überschreitungen zahlt und wie weit das genannte Kostenlimit relevant ist. Unbefriedigend sei es auch, daß die Frauen weiterhin bei Einkommenspolitik und Berufskarrieren benachteiligt sind - für sie geschehe zu wenig.

Abschließend sprach sich Busek für eine Förderung der Bürgerbeteiligung auch ohne Zugehörigkeit zu einer politischen Partei aus. Es solle eine Politik gemacht werden, die von der nächsten und übernächsten Generation gerne übernommen wird, schloß der Vizebürgermeister. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

32 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPö) stellte eingangs fest, daß es gute und wohlüberlegte Gründe dafür gegeben habe, daß Bürgermeister Dr. Zilk erst heute eine umfassende Regierungserklärung vorgelegt habe. Dr. Zilk meinte bei seiner Wahl zum Bürgermeister, daß eine umfassende, programmatische Erklärung Zeit und Gewissenhaftigkeit verlange. Bürgermeister Dr. Zilk legte jedoch schon bei seinem Amtsantritt die Zielrichtung für seine künftige Arbeit und den persönlichen Stil seiner Amtsführung dar. Die Reaktionen der öVP erfüllten ihn, Edlinger, mit Sorge um die demokratische Entwicklung in unserer Stadt, denn von der großen Oppositionspartei seien in den letzten Tagen Äußerungen gefallen, die hoffentlich nicht so gemeint gewesen sein können. Seit der Wahl Dr. Zilks zum Bürgermeister habe sich eine tiefe Verunsicherung in der öVP breitgemacht. Die Verunsicherung der öVP dokumentiere sich vor allem in ihrer wechselnden Haltung zum Bau des AKH.

Durch diese Verunsicherung tendiere die öVP zu Panikreaktionen und zu einer Politik der verbrannten Erde, die wichtigen Zukunftsprojekten und wichtigen politischen Aufgaben Schaden zufügen könnte, führte Edlinger weiter aus. Dies zeige das verantwortungslose Herumspringen mit einer wichtigen Gesundheitseinrichtung, wie es das AKH darstelle. Anhand verschiedenster Zeitungsmeldungen und Äußerungen in Pressekonferenzen und im Gemeinderat verwies Edlinger auf den häufigen Meinungswechsel innerhalb der öVP. Es sei zu einfach, die Verantwortung für ein so wichtiges Projekt der Stadt Wien abzugeben, noch dazu, wo das AKH noch auf die Rathauskoalition zurückgeht. Es sei auch unseriös, zu beklagen, daß die Höhe der Betriebskosten noch nicht feststehe, gleichzeitig jedoch von Beträgen zwischen acht und zwölf Milliarden Schilling zu reden. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

33 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Weiters stellte Edlinger im Zusammenhang mit der Diskussion um das Allgemeine Krankenhaus fest, daß es unverantwortlich sei, von einem inhumanen Spital zu reden. Es sind dies alte Argumente der öVP, denen die vorliegenden Pläne sowie die bereits eingerichteten Musterzimmer widersprechen. Wenn auch die Fertigstellung dieses Krankenhauses mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, und wenn es auch in der Vergangenheit Fehlleistungen gab, wird sich die SPö - nicht wie die öVP - der Verantwortung entziehen, dieses Krankenhaus so rasch und kostengünstig wie möglich fertigzustellen.

Zum Kapitel Stadterneuerung führte Edlinger aus, daß es sich dabei um eine Zukunftsaufgabe handle, die hinsichtlich ihrer Größenordnung die Anforderungen des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg weit überschreiten dürfte und zudem ungleich komplexer und diffiziler in der Durchführung sei. Der Entschluß, den Weg der sanften Stadterneuerung zu gehen, bedeute die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den dicht bebauten älteren Stadtgebieten. Edlinger begrüßte den positiven Ansatz, daß gerade beim Problem der Stadterneuerung eine Annäherung der Standpunkte zunächst der beiden großen Parteien stattgefunden habe. Der Stadterneuerungsfonds sei als ein Instrument zu sehen, die Probleme flexibel zu lösen. Es sei Aufgabe aller, dazu beizutragen, daß die Einstellung zur Stadt an sich positiv wird.

Demokratie war und ist ein Wettstreit der Ideen, führte Edlinger weiter aus. In einem Zeitalter, in dem die Medien eine so wesentliche Rolle spielen, bedarf es oft farbiger, manchmal auch kräftiger Formulierungen, um Aufmerksamkeit zu erregen. Er lehne jedoch Äußerungen, die der politischen Fairneß widersprechen und persönlich, aggressiv und oft menschlich beleidigend sind, entschieden ab. Er, Edlinger, stimme mit der Feststellung Buseks, 100prozentig überein, daß Demokratie weder abstoßend noch lächerlich sein dürfe. (Forts.) lei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

34 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ wies auf die Notwendigkeit hin, im Sinne einer gesünderen Umwelt, alle anstehenden Bauvorhaben auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Überhaupt gehe es nicht an, überholte Bauentscheidungen auf Grund sogenannter Sachzwänge in jedem Fall durchzuführen. Sei die Entscheidung jedoch einmal gefallen, wie beim AKH, dann müsse man sich auch dazu bekennen und den Bau mit aller Kraft fertigstellen. Bezüglich der B 225 durch Simmering habe er jedoch mit Verwunderung festgestellt, sagte Pawkowicz, daß heute ein Geschäftsstück im Zusammenhang mit dem Bau dieser Straße auf der Tagesordnung des Gemeinderats stehe, obwohl Bürgermeister Dr. Zilk einen Baustopp zur Vornahme einer Umweltverträglichkeitsprüfung verfügt habe.

Für den Bereich des Messepalastes, dessen Restaurierung nach Aussage des Bürgermeisters in die Wege geleitet werden solle, forderte Pawkowicz einen Bauzeitplan und einen Kostenplan. Man solle über diesem Projekt nicht den Komplex des alten Universitätsviertels vergessen, der in Zusammenarbeit mit den Bundesstellen zu einem Bereich des Geisteslebens, der Kultur und der Wissenschaft gestaltet werden könnte.

Abschließend forderte Pawkowicz im Sinne von mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit eine Änderung des Wiener Wahlrechts, um so eine Proportionalität der Stimmen und Mandate zu gewährleisten. Die FPö solle in Zukunft ebensoviele Stimmen für ein Mandat benötigen wie die beiden anderen Parteien. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

35 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) stellte einleitend fest, daß in der Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk wenig Konkretes zu hören gewesen sei. Die Probleme des Umweltschutzes seien lediglich auf ein paar Sätze reduziert worden. Positiv wertete Fürst die Aussagen von Bürgermeister Dr. Zilk zum Bereich Sauberkeit in der Politik. Die Ankündigung, daß die Mißstände bei der EBS durch das Kontrollamt untersucht werden, sei gut, sagte Fürst. Das Kontrollamt solle aber auch untersuchen, warum Rauchgasfilteruntersuchungen bei der EBS bis heute noch nicht durchgeführt worden sind.

Anhand der EBS zeige sich die Problematik der Entsorgung. Auch der neue Bürgermeister sei die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Es fehlen gesicherte Deponien, meinte Fürst, es fehlen die konkreten Maßnahmen zur Müllsortierung. GR. Fürst empfahl den Truppenübungsplatz Allentsteig als Möglichkeit für eine Sondermülldeponie.

Den Verzicht auf das Grundwasserwerk Lobau bezeichnete GR. Fürst als völlig unverständlich. Ein Grundwasserwerk Donauinsel-Nord sei viel zu wenig ergiebig. Schon der frühere Umweltstadtrat Peter Schieder habe mehrmals darauf hingewiesen, daß auf das Grundwasserwerk Lobau nicht verzichtet werden könne. Und laut Schieder könne die jetzt vorgeschlagene Lösung einer Abdichtung des Grundwasserwerkes Lobau eine Verseuchung nicht ausschließen. Es müsse daher die klare Aussage lauten "Ja zum Trinkwasser - Nein zu "Hainburg". Bürgermeister Dr. Zilk müsse die Parteienstellung Wiens bei der obersten Wasserrechtsbehörde erwirken, damit könne auch Wien gegen "Hainburg" Stellung beziehen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

36 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Der neue Bürgermeister wird um eine Verfassungs- und Verwaltungsreform nicht herumkommen, erklärte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). In der Regierungserklärung nimmt die Verfassungsreform jedoch keine Priorität ein. Man müßte nach dem Grundsatz "So viel wie möglich in die Bezirke" handeln, denn mehr Rechte für die Bezirke bringen eine Aktivierung der Demokratie.

Die heutigen Probleme der Verwaltung sprechen für mehr und bessere Kontrolle. Man müßte, so Welan, nach dem Vorbild der Steiermark, ein unabhängiges Kontrollamt schaffen. Innerhalb des Magistrats müßte die Verantwortung nach unten delegiert werden, die Formulare müßten vereinfacht und für Beamte müßte ein Verhaltenstraining geschaffen werden. Immer wieder zeigt sich, daß Bürger Schwierigkeiten haben, zu den Leuten zu kommen, die Entscheidungen treffen. Die Veränderung der Entscheidungsstruktur nach unten wäre daher notwendig.

Zum Presse- und Informationsdienst meinte Welan, dieser produziere zwar eine ungeheuere Papierflut, aber "präsentiere dem Bürger nachträglich fertige Tatsachen." Die vorzeitige Information zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung noch offen ist, wäre dagegen notwendig. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte zur Regierungserklärung

=++++

37 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPö) nannte die Regierungserklärung außerordentlich inhaltsreich und sie lasse die Schwerpunkte der künftigen Politik erkennen. Zur Stadterneuerung sagte Sallaberger, sie sei heute nur auf Grund der früher praktizierten Stadterweiterung möglich. Hinsichtlich der Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds lud Sallaberger die FPö ein, von der Polemik über die Gehälter abzulassen und ihre inhaltlichen Vorstellungen im Interesse der Lösung weiterer Probleme einzubringen.

An GR. FÜRST (öVP) gewandt, meinte Sallaberger, die öVP-Fraktion habe die Aussagen in der Regierungserklärung zum Thema Umweltschutz nicht genau genug verfolgt. Er warf ihr vor, selbst keine konkreten Stellungnahmen zu diesem Thema abzugeben. So habe die öVP etwa die Schließung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig verlangt, aber keine Alternativen angeboten. Ähnlich sei es mit der geforderten Baueinstellung des neuen Allgemeinen Krankenhauses. Die SPö werde alles tun, um neue Techniken und Erkenntnisse zu nutzen, wie dies zum Beispiel bei den Entsorgungsbetrieben Simmering der Fall sei - sie sind die einzige derartige Einrichtung in Österreich.

Für den Herbst kündigte Sallaberger neue Initiativen für Dezentralisierung und Demokratie an. Es sei in vielen Bereichen notwendig, intensiveren Kontakt mit der Bevölkerung zu pflegen, wie dies Bürgermeister Dr. Zilk ankündigte, aber nicht sinnvoll, verschiedene Gruppen gegeneinander aufzuwiegeln, wie die öVP dies praktiziere.

Sallaberger unterstrich die Erfolge von Vizebürgermeister MAYR, die auf Grund des soeben abgeschlossenen Finanzausgleichs der Stadt Wien zusätzliche Mittel von mehr als einer halben Milliarde Schilling bringen, und schloß, hinter Dr. Zilks Politik stehe die gesamte sozialistische Fraktion des Gemeinderates. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

-++++

38 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die Ausführungen von Bürgermeister Dr. Zilk verheißen in einigen Punkten frischen Wind im Wiener Rathaus, sagte GR. Ing. WORM (ÖVP). Die Ankündigung, eine AKH-Bombe platzen zu lassen, habe er jedoch nicht wahr gemacht. Worm verwies im Zusammenhang mit dem AKH auf Details wie den Einbau eines Tieraufzuges, Angaben über Raumreserven und Sparvarianten sowie über Konservierungskosten, die sich, je nach Auskunftgeber und Unterlagen, in vielen Punkten widersprechen. Er sei wegen dieser divergierenden Angaben stark verunsichert.

Worm verwies auf ein in seinem Besitz befindliches Dokument, nach dem im Pavillon 16 im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe Patienten Ribquetschwunden, Frakturen und andere Verletzungen erleiden, weil zuwenig geschultes Pflegepersonal vorhanden sei. Weil keine ausreichende Betreuung möglich sei, müßten Patienten in Netzbetten festgehalten werden. Es sei zu befürchten, daß durch den uferlosen Kostenaufwand beim Bau des AKH die Situation für die Patienten noch schlechter werden wird. In den ersten zwei Baujahrzehnten wurden 14 Milliarden Schilling verbaut. Ausführungen der VAMED entnehme er, daß in den nächsten Jahren weitere 30 Milliarden verbaut werden sollen. Es könne jedoch niemand angeben, woher dieses Geld kommen soll. Was das AKH betrifft, gebe es nur Visionen und Hoffnungen, aber keine Angaben über Fertigstellungs- und Betriebskosten. Er befürchte, so Worm, daß das Sozialsystem ausgehungert werde. Er bezweifelte auch, daß die von Bürgermeister Dr. Zilk limitierten Kosten von 37,8 Milliarden Schilling eingehalten werden können, und betonte die persönliche und historische Verantwortung des Bürgermeisters für das AKH. (Forts.)
lei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

++++

39 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Umweltfragen Stellung und verwies darauf, daß hier bereits in allen Bereichen große Leistungen gesetzt worden sind, und Konzepte für die Lösung anstehender Probleme bereit liegen. So sei die Wiener Wasserversorgung auch für die Zukunft gesichert, wobei freilich Sanierungsmaßnahmen an den Hochquellenleitungen, die Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung und eine Reihe von langfristigen Maßnahmen im Bereich der Grundwasserwerke nötig seien. Ebenso sei im Bereich des Kanalbaus sehr viel geschehen, ein Konzept für weitere Maßnahmen sei vorhanden. Der Umbau der Müllverbrennung Flötzersteig, der Einbau von Filtern in der Müllverbrennung Spittelau und die Sanierung der Deponie Rautenweg seien in Vorbereitung und werden eine saubere Entsorgung garantieren. Die großen Erfolge Wiens auf dem Gebiet des Umweltschutzes seien nicht zuletzt in der Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels von 52 auf 70 Quadratkilometer und in der Reduktion des Schwefeldioxydausstosses der städtischen Kraftwerke um 57 % seit 1980 zu sehen. Durch die verstärkte Erdgasbefeuerung seien gerade in diesem Bereich große Erfolge erzielt worden. Riedler bekannte sich zur Rettung des Wienerwaldes; dabei müsse auch an die baldige Einführung des Katalysators für Autos gedacht werden. Generell sei der Umweltschutz ein Anliegen, zu dem sich die SPÖ immer bekannt habe, während die ÖVP sich dazu in widersprüchlichen Aussagen, und oft polemisch äußere. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

40 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Er sei enttäuscht darüber, sagte Dr. PETRIK (ÖVP), daß in der Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk keine konkreten Aussagen zur Stadterneuerung zu finden seien. Immerhin habe der Bürgermeister einige Wochen Zeit für diese Regierungserklärung gehabt.

Die Kritik von FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL am Stadterneuerungsfonds wies Petrik zurück. Der Fonds habe über hundert Grundstücke begutachtet, zahlreiche Gespräche mit Architekten und gemeinnützigen Bauträgern geführt, die künftige Bodenpolitik abgeglichen, sowie ein Steuermodell zur Totalsanierung und ein Modell zur Altsubstanzbewertung erarbeitet.

Am Beispiel Wohnbau zeige sich, meinte Dr. Petrik, daß es lediglich einen Bürgermeisterwechsel und keinen Wechsel der politischen Gesinnung gegeben habe. Beim Heinz-Nittel-Hof erweise sich ein verfehlt sozialer Wohnbau. Auch das öko-Haus Hundertwassers könne nicht als sozialer Wohnbau, sondern lediglich als künstlerisches Pilotprojekt bezeichnet werden. Petrik forderte ein klares, objektives und transparentes Punktesystem zur Vergabe von Gemeindewohnungen. Das gegenwärtige System der Wohnungsvergabe, besonders der günstigen Altgemeindewohnungen erzwingt immer wieder politische Interventionen. Die Wohnung aber dürfe keine politische Ware sein. Er habe den Eindruck, sagte Petrik, daß es Bürgermeister Dr. Zilk mit der Abschaffung der Parteibuchwirtschaft ernst nehme. Er begrüße die Politik der ausgestreckten Hand, meinte Petrik abschließend, da diese auch bei harten Auseinandersetzungen dazu führe, daß die Menschen die Politik wieder ernst nehmen können.
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

41 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Vbgm. MAYR (SPÖ) forderte GR. Ing. Worm auf, seine Behauptung, er, Mayr, habe den ehemaligen AKPE-Direktor Winter gedeckt und gehalten, zurückzunehmen. Er habe Verständnis dafür, erklärte Mayr, daß in der Hitze der Debatte Worte fallen, die man vielleicht in Ruhe nicht sagen würde, er würde es aber für das Ansehen der Politik und der Politiker für gut halten, wenn Worm seinen Vorwurf zurücknehme. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

42 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) beleuchtete die geänderte Situation der Aufteilung medizinischer Einrichtungen im alten und im neuen Allgemeinen Krankenhaus. Für die Ordinarien bedeute dies ein großes Mißtrauen gegen die neue Organisation, und daher gebe es auch beträchtliche Widerstände. Aus diesem Grund sei es notwendig, möglichst bald eine Betriebsgesellschaft zu installieren.

Die Kosten für Forschung und Lehre bezifferte Wagner mit 12 bis 15 Prozent des Gesamtaufwandes. Die VAMED habe Herstellungskosten des Gebäudes auf Preisbasis 1983 mit 38 Milliarden Schilling angegeben. Rechne man alle jene nicht näher bezifferten und notwendigen weiteren Aufwendungen dazu, würden die Kosten 45 Milliarden erreichen. Somit würden auch die Betriebskosten etwa jene Höhe erreichen, die GR. Worm genannt hatte.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) begrüßte grundsätzlich die sachlich vorgetragenen Ausführungen von GR. Wagner und betonte, daß sich laut Aussagen von Prof. Deutsch die Medizinische Fakultät seit vielen Jahren nicht mit der medizinischen Struktur des AKH beschäftigt habe. Nun, nach Vorlage des Zeit- und Kostenplanes werde der Strukturplan ausgearbeitet. Die Aufwendungen für Lehre und Forschung lägen nicht nur, wie Prof. Wagner sagte, bei 12 und 15 Prozent. Niemand könne bestreiten, daß mehr als 50 Prozent der Kosten für klinische Forschung aufzuwenden sind.

Der ÖVP warf Stacher vor, stets vom Willen zur Zusammenarbeit zu sprechen und in persönlichen Beratungen Konsens zu beweisen, in Pressekonferenzen und im Gemeinderat jedoch auf Konfrontationskurs zu sein. Die SPÖ sei grundsätzlich zur Zusammenarbeit bereit, dies setze jedoch auch Kooperationsbereitschaft seitens der ÖVP voraus. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (36)

Titl.: Debatte über Regierungserklärung

++++

43 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HAMPEL-FUCHS (öVP) zweifelte das Kostenlimit von 37,8 Milliarden Schilling für den Bau des AKH an, das Bürgermeister Dr. Zilk gesetzt hat, weil eine Unmenge offener Fragen nicht beantwortet seien. Die SPÖ habe es in der Hand, die Betriebskosten zu nennen, damit darüber diskutiert werden kann. Die Baukosten werden wahrscheinlich aufzubringen sein, so Hampel-Fuchs, die Betriebskosten aber nicht. Außerdem bestehe die Gefahr, daß die Krankenkassen nicht in der Lage sein werden, im erforderlichen Ausmaß die Kosten zu decken, und überdies könnten sich die Privatversicherer weigern, Verträge abzuschließen.

GR. DINHOF (SPÖ) setzte voraus, daß jedes Mitglied des Gemeinderates wisse, daß der vorliegende VAMED-Bericht nicht heute und in dieser Form beschlossen werden soll. Er stelle vielmehr eine Diskussionsgrundlage für Beratungen in der Unterkommission dar, wobei am 31. Oktober die Fragen endgültig geklärt werden sollen.

Zu den Vorwürfen von GR. WORM (öVP), die Zustände im Pavillon 16 des Psychiatrischen Krankenhauses betreffend, stellte Dinhof klar, daß nicht ein Mangel an Personal Anlaß für Bedenken der dort arbeitenden Schwestern und Pfleger sowie Grund für einen von Worm zitierten Aktenvermerk gewesen seien, sondern vielmehr der Wunsch nach einer geänderten Diensterteilung. So bedauerlich es sei, müßten immer wieder Patienten zum eigenen und fremden Schutz in Netzbetten festgehalten werden. Dies steht aber keinesfalls im Zusammenhang mit einem Personalmangel. (Forts.) lei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

44 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) In einer neuerlichen Wortmeldung zum Problemkreis AKH warf GR. Ing. WORM (ÖVP) der SPÖ und insbesondere auch Vbgm. Mayr vor, im Lauf der Jahre seit 1971 die verschiedensten Angaben bezüglich der Gesamtkosten des Spitalsbaues gemacht und auch die verschiedensten Fertigstellungstermine genannt zu haben. Insgesamt habe es 38 verschiedene Zeit- und Kostenschätzungen gegeben. Die zu erwartenden Betriebskosten des Hauses habe Vbgm. Mayr einmal zwischen 30 und 35 Prozent der Anlagekosten geschätzt, was auf jetziger Basis zumindest 8 bis 12 Milliarden Schilling bedeuten würde. Jetzt sage er, es sei unseriös, Betriebskosten für einen Bau zu nennen, dessen Fertigstellung erst 1992 zu erwarten sei. Schließlich warf Worm Mayr noch vor, trotz gegenteiliger Informationen Adolf Winter zu lange im Amt belassen zu haben. Die Firma Siemens habe Mayr mit der Androhung eines Auftragsstopps von seiten der Stadt Wien zu einem Prozeß gegen "profil" gezwungen, nachdem dieses Korruptionsvorwürfe gegen Siemens erhoben hatte. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte über Regierungserklärung

=++++

45 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Wortmeldung betonte Vizebürgermeister Mayr (SPÖ), die Recherchen des Kontrollamtes hätten damals zu keinem Beweis geführt. Die Behauptungen des "profil", daß die Firma Siemens Schmiergelder gegeben hätte, seien von der Firma geleugnet worden, und für ihn, Mayr, hätte es nur die Möglichkeit gegeben, die Wahrheit durch ein gerichtliches Urteil zu erkennen.

"Glauben Sie mir", sagte Vizebürgermeister Mayr zu GR. Worm, "von dem Tag an, an dem ich die Unterlagen hatte, habe ich sofort gehandelt".

Mayr vertrat die Ansicht, daß die Opposition der ÖVP gegen das neue AKH in Zukunft der SPÖ nutzen werde. Zum Stil der Debatte meinte der Vizebürgermeister, er habe die Sorge, daß eine derartige Auseinandersetzung allen Demokraten schaden werde. Er bekenne sich zu einer Auseinandersetzung, auch zu einer harten, meinte Mayr, aber nicht in diesem Stil. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Subvention für Dramatisches Zentrum

=++++

46 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPö) beantragte eine einmalige Subvention von 400.000 Schilling für das Dramatische Zentrum Wien. GR. PROCHASKA (öVP) kritisierte die Form der Dauersubventionierung. Bei einzelnen Projektfinanzierungen habe die öVP bereits Ja gesagt. GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) erklärte, die öVP unterlaufe mit ihrem Nein die eigene "Bunte-Vögel"-Image-Werbung.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

(Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Baukostenerhöhung bei Wohnhausanlage Roterdstraße

=++++

47 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) beantragte eine Sachkrediterhöhung von 12,9 Millionen für die Wohnhausanlage Roterdstraße. GR. Dr. HAWLIK (öVP) kritisierte die nunmehrige zweite Sachkrediterhöhung und die Tatsache, daß im letzten Jahr bei zwölf Wohnhausanlagen Baukostenüberschreitungen von 20 bis 40 Prozent aufgetreten sind. Er verlangte für die Zukunft längere Planung zugunsten kürzerer Bauzeit, Verzicht auf Umplanung während des Baus, präzise Ausschreibung, Beauftragung des Architekten mit der Bauaufsicht und politische Verantwortlichkeit bei Baupreisüberschreitungen. GR. PRAMEL (SPö) verwies bei dem gegenständlichen Projekt auf die Schwierigkeiten bei der Fundierung wegen der Tiefgarage angesichts zahlreicher Quellen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

Zwtl.: Grundstücksverkauf für B 225

GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte die Genehmigung eines Grundstücksverkaufs an den Bund zur Errichtung der Bundesstraße B 225. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) verwies auf die Umweltbelastungen des Bezirks und sagte, der nunmehrige Verkauf übergehe die politische Entscheidung des Baustopps mit einer Magistratsentscheidung. GR. Dr. Ferdinand MAIER (öVP) beleuchtete die Chronologie der Planung für diese Straße und warf den Stadträten Hatzl, Rautner, Hofmann und Schieder mangelndes Demokratieverständnis vor, weil Demonstranten gegen den Straßenbau von der Polizei festgenommen wurden. Daß nun eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werde, sei ein Erfolg der öVP. GR. HAAS (SPö) erläuterte, daß die Simmeringer Gärtner eingehend über das Straßenprojekt informiert wurden und freiwillig Grundstücke für diesen Zweck verkauften. Der öVP-Mandatar und Wiener Landwirtschaftskammerpräsident JEDLETZBERGER habe den Straßenbau wegen geringerer Umweltbelastung und kürzerer Transportwege für die Gärtner begrüßt. In seinem SCHLUSSWORT verwies GR. Ing. SVOBODA darauf, daß auf der nun verkauften Fläche die Straße bereits zur Hälfte ausgebaut sei und die Entscheidung des Bürgermeisters für eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht präjudiziert werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Sanierung des Wiener Praterstadions

=++++

48 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPö) beantragte die Genehmigung des Übereinkommens zwischen der Stadt Wien und der Wiener Stadthalle-KIBA, das die Sanierung des Wiener Praterstadions mit einem Gesamtaufwand von 372 Millionen Schilling zum Inhalt hat. GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) befürwortete die Sanierung des Praterstadions, wobei eine multifunktionale Nutzung erreicht werden soll. Außerdem sei eine Diskussion über eine totale Überdachung des Stadions sinnvoll. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß das Praterstadion im Hinblick auf eine multifunktionale Verwendung renoviert wird.

GR. ARTHOLD (öVP) sagte, seine Partei könne diesem Übereinkommen nicht zustimmen, da trotz zehnjähriger Kenntnis der Notwendigkeit, daß eine Lösung für das Stadion gefunden werden muß, keine Alternativen diskutiert wurden. Es wurde nicht darüber gesprochen, ob nicht ein Neubau sinnvoller gewesen wäre, der zweifellos viele Vorteile gebracht hätte. Nicht zuletzt hätten bei einem Neubau die Betriebskosten niedriger gehalten werden können als bei einem renovierten Stadion. Zudem stellen die angegebenen Kosten von 372 Millionen Schilling ein unteres Limit dar, und er sei der Ansicht, daß die wahren Kosten noch nicht abzuschätzen sind. Er, Arthold, schätze eher die Kosten auf 700 Millionen; das sei ein finanzielles Risiko, das seine Partei nicht mittragen will.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und ein geändertes Einkommen veranlassen die Stadtverwaltung, geeignete Möglichkeiten der Freizeitgestaltung bereitzustellen, stellte GR. BRÖSCH (SPö) fest. Zudem seien Großsportanlagen im Hinblick auf den Fremdenverkehr international wichtig. Seit 1982 stehe eine Generalsanierung fest, und er sei überzeugt, sagte Brosch, daß ein Neubau wesentlich teurer, nämlich auf rund 800 Millionen Schilling, gekommen wäre. Es müsse darauf geachtet werden, daß Zusatzfunktionen nicht verbaut werden. (Forts.) lei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Sanierung des Wiener Praterstadions

=++++

49 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) StR. MRKVICKA (SPö) betonte die Notwendigkeit, mit der Renovierung des Stadions zu beginnen. Wien brauche diese Sportstätte, die nun schnell und ökonomisch wiederhergestellt werden solle. Das Kostenlimit von 372 Millionen Schilling stehe dabei fest, und auch die bisher in das Stadion investierten Beträge könne man nicht als verloren bezeichnen. Ein Neubau wäre jedenfalls weitaus teurer. Auch in anderen Städten, etwa in der BRD, habe sich gezeigt, daß es sinnvoll sei, alte Stadien zu sanieren.

GR. MANDAHUS (öVP) wandte ein, daß man Höhe und Umfang des Sanierungsgrades noch nicht kenne. Es sei auch möglich, daß die notwendigen Arbeiten 500 bis 600 Millionen Schilling erfordern. Daher sollte man prüfen, was ein neues Stadion für etwa 30.000 bis 40.000 Besucher - ein größeres brauche Wien nicht - koste. Ein derartiger Neubau könnte zu Fixpreisen vergeben werden, was ebenfalls zu bedenken sei.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

(Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Wohnhausanlage Leitgebasse

=++++

50 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) stellte den Antrag auf Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 5, Leitgebasse 3, nach dem Entwurf der Architektin Bettelheim. Die Kosten für das Objekt betragen 10,2 Millionen Schilling.

Namens der öVP-Fraktion lehnte GR. Ing. MANDAHUS das Projekt wegen "abgrundtiefer Häßlichkeit" ab. Das Objekt sei ein Beispiel für Phantasielosigkeit und Ideenarmut. Bei der Vergabe von Planungen müsse die Qualität ausschlaggebend sein, meinte GR. Mandahus, und nicht irgendwelche Beziehungen. Mandahus bedauerte die mangelnde Qualität des Wiener Wohnhausbaues nach 1945 und verwies darauf, daß gerade in Wien eine Vielzahl international erfolgreicher Architekten aufgewachsen seien. Wien könne es sich gar nicht leisten, sagte der Redner, so viele Architekten nicht zu beschäftigen.

Demgegenüber betonte GR. FREITAG (SPö), daß auf dem Bauplatz alles stimme. Die Architektin habe eine akzeptable Lösung gefunden. Das beantragte Objekt passe in das Ensemble der Nachbarhäuser. Der vorgelegte Plan entspreche den Anforderungen. Seinem Vorredner warf GR. Freitag vor, er betreibe einen Geschmacksterror.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: "Sonnenhäuser" Flötzersteig

=++++

51 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredits für die Sonnenhäuser am Flötzersteig um 2,4 Millionen.

GR. Fritz HAHN (ÖVP) betonte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Dennoch sei das Experiment der Sonnenhäuser am Flötzersteig kostspielig und gescheitert. Die Baugeschichte sei ein Trauerspiel. Für 130 Quadratmeter Wohnfläche laufe ein Betrag von 3,3 Millionen Schilling auf. Allein die Sonnenheizung pro Haus koste 900.000 Schilling. Da die Mieter Eigenmittel von 480.000 Schilling pro Haus aufbringen müßten, könne man nicht mehr von einem sozialen Wohnbau sprechen, meinte Hahn.

In ihrem Schlußwort betonte GR. Rosa HEINZ (SPÖ), die Volkspartei nehme alles zum Anlaß, um Vorhaben der Gemeinde Wien zu kritisieren. Bei den Sonnenhäusern sei es darum gegangen, Möglichkeiten von Alternativenergie in der Praxis zu erproben. Man müsse diese Häuser als Experiment verstehen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Gürtelkommission

=++++

52 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte die Errichtung einer Gürtelkommission zu Kosten von 8,7 Millionen Schilling.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) sprach sich für diese Kommission aus, meinte jedoch, daß die Kassen des Bundes für den Straßenbau leer seien. Man kann nur hoffen, so Mayr, daß es gelingt, trotz der leeren Kassen zu integrierten Lösungen zu kommen.

GR. Dr. Swoboda erklärte in seinem Schlußwort, daß der Straßenbau heute budgetär an Bedeutung verliere. Es sei aber eine andere Frage, wie die Mittel innerhalb der Bundesländer verteilt werden, und es wird darauf ankommen, daß Wien einen gerechten Anteil an diesen Mitteln erhält.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

(Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: Flächenwidmung im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf

=++++

53 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen für den Bereich des Stadterneuerungsgebietes Wilhelmsdorf in Meidling. GR. GLÜCK (öVP) kritisierte, daß trotz Unterversorgung mit Grünflächen bisher gewidmete Grünanlagen in Bauland umgewidmet werden. Entgegen den Forderungen der öVP wurde nicht auf dem gesamten Gelände des ehemaligen Pfann'schen Bades eine Parkanlage errichtet.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) erläuterte, daß die nun realisierte Parkgröße das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen gewesen sei.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. Oblasser, daß in der Canalettogasse und in der Zeleborgasse Grünanlagen entstehen werden, Innenhöfe müssen gärtnerisch ausgestaltet werden und es sind Alleen und Baumschutzmaßnahmen vorgesehen.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete nach mehr als 14stündiger Dauer um 23.15 Uhr. (Schluß) and/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES GEMEINDERAT

.....

NNNN

Sanierungsbeginn für Wiener Stadion: Mitte Oktober

=++++

27 #Wien, 28.9. (RK-SPORT) Nach langjährigen Verhandlungen mit dem Bund und nach der Vertragsunterzeichnung im August dieses Jahres könnten die Sanierungsarbeiten im Wiener Stadion Mitte Oktober beginnen. Dies erklärte heute, Freitag, Sportstadtrat Franz MRKVICKA bei einem Pressegespräch. Parallel mit den Verhandlungen erfolgte die Ausschreibung, an der insgesamt 36 Firmen Interesse bekundeten. Die Sanierungskosten belaufen sich auf 372 Millionen Schilling (inklusive der Mehrwertsteuer) und beinhalten die komplette Renovierung des Stadions, innen und außen, sowie eine Tribüne mit einem wartungsfreien Aluminiumdach, die 25.000 Besuchern Platz bietet.#

Stadtrat Mrkvicka präsentierte das Modell des neuen Stadions und wies darauf hin, daß im Zuge der Sanierungsmaßnahmen auch ein neuer Rasen angelegt und die Leichtathletik-Anlage regeneriert wird.

Mit den Arbeiten soll Mitte Oktober begonnen werden. Das Stadion, das nach der Fertigstellung im Herbst 1986 "Wien und Österreich und nicht nur allein dem Fußballsport zur Verfügung stehen wird", so Mrkvicka, wird dem modernsten internationalen Standard entsprechen.

Mrkvicka meinte weiter, daß nach Prüfung anerkannter Fachleute ein Abreißen und Neubauen der Traditionsstätte die dreifache Bauzeit erfordern würde, und mehr als eine Milliarde Schilling aufzubringen wäre. Am besten, so der Sportstadtrat, könne man sich an den Beispielen in der Bundesrepublik orientieren, wo überall eine Generalsanierung einem Neubau vorgezogen wurde. Dann wartete er mit Zahlen auf: "Das Olympiastadion in München würde heutzutage weit mehr als 2 Milliarden Schilling kosten."

Wegen der Union-Bundeskampfspiele, die Mitte nächsten Jahres unter anderem auch im Wiener Stadion ausgetragen werden, wird das Sanierungskonzept verändert in Angriff genommen. Obwohl sich dadurch die Fertigstellung auf Herbst 1986 verzögert, fallen keine Mehrkosten an.

An Hand des Modells erläuterten Stadthallen-Direktor Komm. Rat Anton ZAHNT und SR Dr. Heinrich MATZKE, der Leiter des Sportamtes, nähere Einzelheiten der Sanierung. So wird die Flutlichtanlage in die Dachkonstruktion eingebaut. Im Budgetrahmen der Sanierungsarbeiten ist vorerst die Installierung einer Anzeigentafel nicht vorgesehen, Mitglieder aller Dachverbände im Wiener Landessportrat sprechen sich aber eindeutig dafür aus. Die Ausschreibung für die Renovierungsarbeiten erfolgte öffentlich und unter Aufsicht eines Notars. (Schluß) hof/gg

Wieder umweltverschmutzender Betrieb in Simmering

Utl.: Braun: dankbar für Hinweise aus der Bevölkerung

=++++

28 Wien, 28.9. (RK-LOKAL) Von einem Wiener wurde wieder ein umweltverschmutzender Betrieb in Simmering entdeckt. Auf einem Grundstück in der Baudißgasse hatte eine Firma zuerst Schutt abgelagert. Über diesen Schutt wurden ölhältige Stoffe - vermutlich Reste aus Ölabscheidern - geleert, und um das Ganze zu verstecken, kam gleich wieder eine Schicht Schutt darüber. Die Firma wurde dabei jedoch beobachtet. Das Büro für Sofortmaßnahmen, das davon informiert wurde, überprüfte gemeinsam mit der für Gewässerschutz zuständigen Abteilung und der Feuerwehr das Gelände. Die Firma wurde beauftragt, daß verseuchte Erdreich ab heute, Freitag, 13 Uhr, entfernen und zur Verbrennung in die EBS transportieren zu lassen - die Durchführung dieser Arbeiten wird natürlich kontrolliert. Wie Umweltstadtrat Helmut BRAUN zu dieser neuerlichen Umweltverunreinigung betonte, sei die Stadt Wien für jeden entsprechenden Hinweis aus der Bevölkerung dankbar. Auf Mißstände werde, wie auch an diesem Fall zu sehen sei, selbstverständlich sofort reagiert. (Schluß) hs/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Änderung des Krankenanstaltengesetzes

=++++

54 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates hielt der Wiener Landtag unter Vorsitz seines Ersten Präsidenten Hubert PFOCH eine Sitzung ab.

In erster und zweiter Lesung wurde die Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz geändert wird, einstimmig beschlossen. (Forts.) lei/ko

Wiener Landtag (2)

Utl.: Novellierung des Behindertengesetzes

=++++

55 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Behindertengesetzes, die eine Reihe von Verbesserungen für die Behinderten, darunter die Schaffung einer Interessensvertretung und die bessere Koordination zwischen verschiedenen Körperschaften in bezug auf die Betreuung der Behinderten vorsieht.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) kritisierte, daß es zu wenig Gelegenheit zur Begutachtung dieser Novelle gegeben habe. Im übrigen sollte die Interessensvertretung Fachbeirat heißen, da sie ein solcher sei. Außerdem sei es nicht demokratisch, daß Beschlüsse in dieser Vertretung in Anwesenheit des Stadtrates oder von dessen Vertreter gefaßt werden dürften.

Landtagsabgeordneter LACINA (SPÖ) wies den Vorwurf mangelnder Informationsmöglichkeiten zurück. Zur Frage der Demokratie in der Interessensvertretung sagte er, daß das Stimmrecht des Stadtrates und des Leiters des Sozialamtes herausgenommen wurde. Überdies genieße bei der SPÖ nicht die politische Diskussion, sondern die Arbeit für die Behinderten Vorrang. Schließlich stellte Lacina noch einen BESCHLUSSANTRAG, der Landtag solle den Bundesminister für soziale Verwaltung ersuchen, eine Erweiterung des Kreises von anspruchsberechtigten Personen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz und dem Heeresversorgungsgesetz vorzunehmen, um bei Vorliegen von Hilflosigkeit derzeit bestehende Härten zu beseitigen, die darin bestehen, daß derzeit ein Leistungsanspruch nur dann gegeben ist, wenn die Pflegebedürftigkeit Folge der Dienstbeschädigung ist.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesnovelle und der Beschlußantrag wurden einstimmig angenommen.

Zwtl.: Abgabengesetz und Kanaleinmündungsgebührengesetz

Das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985 und das Kanalanlagen- und -einmündungsgebührengesetz wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Hundeabgabe

=++++

56 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) LHStv. MAYR (SPÖ) betonte, der Entwurf für ein Hundeabgabegesetz sei auf Grund des Rechtsbereinigungsgesetzes notwendig geworden. Eine Erhöhung der Hundeabgabe werde damit jedoch nicht festgesetzt. Die Hundeabgabe sei eine Jahresabgabe und daher für das laufende Jahr gar nicht mehr zu erhöhen. Das Gesetz sieht vor, daß der Rahmenbetrag für den ersten Hund 500 Schilling und für den 2. Hund 750 Schilling jährlich beträgt.

LAbg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) meinte, die Hundeabgabe basiere auf einer mangelnden Rechtsgrundlage, das sei mehr als ein Schönheitsfehler und solle nun repariert werden. Nach den erläuternden Bemerkungen des Gesetzesantrages glaube er an eine 25prozentige Erhöhung. Dennoch werde mit dieser Erhöhung nicht die Frage des Hundekotes in der Stadt gelöst. Die ÖVP fordere eine Lösung des Gesamtproblems, daher das Nein zum Gesetz. "Mit Fiskalpolitik kann ein kommunales Problem nicht gelöst werden".

LAbg. EDER (SPÖ) betonte, es gehe um keine Partei- oder ideologische Frage. Die Hundehaltung in Wien sei sehr sensibel, und er glaube, daß es sich um ein ausgewogenes gutes Gesetz handle. Der Rahmenbetrag bedeute keineswegs eine Erhöhung. In Wien werden 58.000 bis 60.000 Hunde gehalten, die jährlich 5.500 t Hundekot produzieren. Der Betrag von 25 Millionen als Einnahmen aus der Hundeabgabe diene der Beseitigung des Hundekots.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Ruhensbestimmungen für Beamte

=++++

57 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Pensionsordnung, nach der auch bei der Gemeinde Wien für Beamte Ruhensbestimmungen eingeführt werden sollen. GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) bezeichnete die Änderung als Pensionskürzungsgesetz. Damit werden die sozial Schwachen betroffen, für die Besserverdienenden falle die Kürzung kaum ins Gewicht. GR. PESKA (SPÖ) verwies auf die im ASVG seit 1956 bestehenden Ruhensbestimmungen. Es sei ein Akt der Solidarität, diese auch für Beamte einzuführen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) sei/ap

Wiener Landtag (5)

Utl.: Sallaberger nach Pfoch neuer Landtagspräsident

=++++

58 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Mit Ende der Landtagssitzung legte der bisherige Erste Präsident des Wiener Landtages Hubert PFOCH sein Mandat zurück. Pfoch dankte seinen Mitarbeitern, den Beamten und Arbeitern der Stadtverwaltung und den Mitgliedern des Landtages und Gemeinderats für die in den vielen Jahren bewiesene gute Zusammenarbeit. Pfoch kam als 29jähriger in den Landtag und war damit damals dessen jüngster Abgeordneter. Er arbeitete mit allen sechs Bürgermeistern der Zweiten Republik zusammen.

Unter dem Vorsitz des Zweiten Landtagspräsidenten HAHN (ÖVP) wurde Günther SALLABERGER (SPÖ) als Nachfolger Pfochs zum Ersten Präsidenten des Wiener Landtages einstimmig gewählt. Hahn wünschte Pfoch und Sallaberger alles Gute und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Landtagssitzungen künftig durch eine bessere Terminwahl aufgewertet würden.

Erster Landtagspräsident Sallaberger würdigte die Leistungen seines Amtsvorgängers und verwies darauf, daß seit 1861 nur drei politische Mandatare länger als 30 Jahre im Amt waren, nämlich Leopold Kunschak (32 Jahre), Dr. Karl Lueger (34 Jahre) und Hubert Pfoch mit fast 35 Jahren. Sein Wirken gehe sicher in die Geschichte ein, sagte Sallaberger. Pfoch stelle ein Denkmal für die Geschichte der sozialistischen Bewegung und der demokratischen Entwicklung des Landes dar. Heute werde Abschied genommen von einem Funktionär, der sicher ein besonders großes Vorbild für politische Integrität und pflichtbewußtes Verhalten darstelle, formulierte Sallaberger.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Lebensläufe Hubert Pfoch und Günther Sallaberger

=++++

59 Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Die Lebensläufe von Hubert Pfoch und Günther Sallaberger folgen nachstehend:

HUBERT PFOCH

Hubert Pfoch wurde am 25. Juni 1920 in Wien geboren. Nach dem Kriegsdienst trat er 1945 als Bibliothekar in die Dienste der Stadt Wien.

Sofort nach Kriegsende betätigte sich Hubert Pfoch politisch. 1946 bis 1954 war er Obmann der Sozialistischen Jugend Wiens. 1949 wurde er Landtagsabgeordneter - und zählt damit zu den dienstältesten Mitgliedern des Wiener Landtages. 1964 wurde er Amtsführender Stadtrat für öffentliche Einrichtungen, 1969 Amtsführender Stadtrat für Hochbau. 1973 übernahm er die Leitung des Ressorts "Wohnen und Liegenschaftswesen". Von 1973 bis 1978 war Pfoch Vizebürgermeister von Wien. Seit 1979 war er 1. Präsident des Wiener Landtages.

Hubert Pfoch ist seit 1961 Bezirksparteiobmann der SPÖ-Ottakring und seit 1971 Obmann-Stellvertreter der Landesorganisation Wien der SPÖ. Er gehört außerdem dem Parteivorstand der SPÖ an und ist Mitglied des Wiener Vorstandes der SPÖ.

GÜNTHER SALLABERGER

Günther Sallaberger wurde am 11. Jänner 1940 in Oberösterreich geboren. Nach der Pflichtschule lernte er den Beruf eines Feinzeugschmiedes. Im Anschluß daran arbeitete er in den Vereinigten Wiener Metallwerken als Former und Gießer. 1960 trat er in den Dienst der Wiener Gebietskrankenkasse.

1966 wurde Sallaberger Sekretär im Verbandssekretariat der Sozialistischen Jugend Österreichs, 1968 1. Sekretär im österreichischen Bundesjugendring. 1971 wurde Sallaberger Zentralsekretär-Stellvertreter des Freien Wirtschaftsverbandes Österreichs.

1973 wurde Günther Sallaberger in den Wiener Landtag gewählt. Er übt seit Oktober 1981 die Funktion des LandesparteiSekretärs der Wiener SPÖ aus.

Die Sitzung des Landtages wurde Samstag, um 1.21 Uhr geschlossen. (Schluß) and/ko

--- ENDE DES SITZUNGSBERICHTES ---

NNNN